

Sommerschwalbe

Wollen Sie „... die Sonne im Sommer erhalten“ und sind Sie als Lappersdorfer „...gegen Regen am Regen“? Dann sind Sie sicher auch gegen ein Wasserturbinen-Kraftwerk am Strandbad Pielmühle, das durch die jüngste Wahlkampfaktion der CSU verhindert werden soll – unabhängig von einem schon lange vorliegenden einstimmigen Marktratsbeschluss, der ein Wasserkraftwerk an dieser Stelle ablehnt.

Interessant an dieser Lappersdorfer CSU-Wahlwerbungsaktion ist die Tatsache, dass hier gegen einen (privaten) Investor Stimmung gemacht wird, dessen Vorhaben auf berechnete Widerstände der betroffenen Bürger stößt. Lässt diese Haltung jene Kareth Bürger hoffen, die sich von einem privaten Investor beeinträchtigt fühlen, der einen Metzgerei- und Zerlegebetrieb neben Altenheim und Wohnbebauung plant? Stehen die Lappersdorfer CSU-Verbände nun auf der Seite der Bürger, die sich erfolgreich gegen einen Investor gewehrt haben, der gefährliche Abfälle nach Kaulhausen bringen wollte?

Bisher sind die Vertreter der CSU-Verbände nur als Fürsprecher der Investoren aufgetreten. Zu den Angriffen auf die Bürgerproteste und deren „Anführer“ in den Medien wie Amtsstuben und Stammtischen hat die CSU- Lappersdorf bisher zumindest geschwiegen.

Vielleicht hat sich's die CSU mit dem Pielmühler Strandbad jetzt ja tatsächlich anders überlegt. Besteht also die Hoffnung, dass in Zukunft prinzipiell zuerst mit den betroffenen Bewohnern in den Baugebieten über die Vorhaben privater Investoren gesprochen wird, bevor den Investoren Zusagen gemacht werden und für die Bürger Fakten geschaffen werden.



Die Hoffnung stirbt zuletzt – auch wenn der Volksmund meint, eine Schwalbe mache noch keinen Sommer, und eine Bauernregel weiß: „An Mariä Geburt (8. September), fliegen die Schwalben fort.“

Der Sozialstaat sichert die Demokratie

Auf der Burg Wolfsegg feierte Anfang August die Landkreis-SPD ihr 90-jähriges Bestehen. Festredner Dr. Albert Schmid, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern, stellte die sozialdemokratischen Grundwerte *Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität* als zeitlos gültig heraus. Der in Laaber lebende Albert Schmid, seit 45 Jahren SPD-Mitglied und ehemaliger Landtagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender, nannte den Sozialstaat eine wichtige Voraussetzung für unsere Demokratie. Dabei verwies er auch auf die Notwendigkeit, allen Kindern eine ausreichende Bildung zu garantieren.

SPD

LAPPERSDORFER MARKT-ECHO

INFORMATIONEN & MEINUNGEN DER SPD-ORTSVEREINE
LAPPERSDORF - HAINSACKER - KARETH

...verschon mein Haus, zünd andre an!

Die Bayern lieben Sprüche und Sprücheklöpfer. Josef Fendls Spruch sind weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Ungeöhnlich deftige Bauernregeln lassen auch Norddeutsche schmunzeln. Und jedermann kennt das Stoßgebet „Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd andre an!“

An diesen Spruch wird man erinnert, wenn – wie in diesen Tagen – der bayerische Umweltminister Markus Söder die Forderung zurückwies, auch in Bayern nach einem Atom-Endlager zu suchen. Andere Bundesländer sollen es machen, damit die Union (nach der Wahl) ihre alt bekannten Atomkraftpläne in die Tat umsetzen kann. Zusammen mit der FDP will Angela Merkel derartige Pläne in die Tat umsetzen.

Nur wer in Deutschland den Rückschritt will, den Abbau von demokratischen Rechten und von sozialen Errungenschaften, wer eine Stärkung der Atomlobby mit all ihren Risiken wünscht, wer die Macht des Kapitals stärken will, wählt bei der Bundestagswahl CDU/CSU oder FDP.

Gerade die Bayern müssten wissen, was eine derartige Koalitionsregierung bringt, denn seit der letzten Landtagswahl wird das weißblaue Land Bayern schwarz-gelb regiert – und ruiniert.

Wer sich nach der bayerischen Regierungsbildung, die gekennzeichnet war von einer herben Niederlage einer machtbesessenen CSU, Hoffnungen auf eine andere bayerische Politik machte, sieht sich bitter enttäuscht: CSU und FDP sind heillos zerstritten, die wirtschaftliche Misere macht sich besonders im ostbayerischen Raum bemerkbar, das Schulsterben geht unvermindert weiter, den Gemeinden stehen bitter-magere Jahre bevor. An der Spitze der Regierung, von der FDP hofiert und geduldet, ein alles versprechender Horst Seehofer, der an Schönrederei nicht zu überbieten ist. Auch sein Privatleben nicht.

Das muss der Wähler bedenken: Eine CDU/CSU/FDP-Regierung wird kein Fürsprecher von Arbeitnehmerrechten, von besseren Bildungschancen, von einer intensiven Förderung der erneuerbaren Energien. Wer FDP wählt, wählt die Partei der Besserverdienenden. Dabei steigt in unserem Land die Schicht der Armen, der Vernachlässigten.

Es gibt weitere Beispiele: Die Gewerbesteuer. Die Union verspricht den finanziell geschwächten Kommunen Hilfen; zur gleichen Zeit fordert man die Abschaffung der Gewerbesteuer. Man verspricht Steuerensenkungen, obwohl der Staat wie noch nie verschuldet ist.

SPD gratuliert Martin Blank zum 90.

Lappersdorf. Der SPD-Ortsverein mit seinem Vorsitzenden Albert Lehrer gratulierte kürzlich seinem ältesten Mitglied Martin Blank zum 90. Geburtstag. Der gebürtige Stadthofer ließ sich nach dem Krieg (als Schwiegersohn des damaligen zweiten Bürgermeisters Josef Horn) in Lappersdorf nieder. 1938 war er zur Wehrmacht eingezogen worden und überlebte den Russlandfeldzug in seiner grausamsten Härte. Seinen Lebensunterhalt verdiente er sich als Fernmeldehauptidekretär beim Fernmeldeamt Regensburg. Mit seinem anspruchsvollen

Hobby des Figuren- und Krippenschnittens weitete sich sein Wirkungskreis über die Region hinaus. Als Akkordeonspieler bereicherte er gesellige Zusammenkünfte nicht nur bei SPD-Veranstaltungen, sondern auch bei sportlichen Anlässen, denn seit frühesten Zeiten ist Blank Mitglied des TSV Kareth-Lappersdorf, war aktiver Fußballspieler und passionierter Bergwanderer. „Lebenslang Sport treiben und mäßig leben – das hält gesund“, ist sein Lebensmotto.

Der Jubilar beweist es mit bewundernswerter körperlicher und geistiger Fitness. Der SPD-Ortsverein wünscht dem Jubilar das, was er sich selbst „für die Zeit, die mir noch bleibt“, wünscht: Gesundheit und Freude am Leben wie bisher.

Erfolgreicher Widerstand gegen Problembetrieb

Kaulhausen. Wenn es nach der Mehrheit im Bauausschusses (mit Vertretern der CSU, Freien Wähler und der Bürgerliste) gegangen wäre, hätte ein Regensburger Betrieb in Kaulhausen die Möglichkeit bekommen, gefährliche Abfälle, vor allem Autokatalysatoren, in einem leer stehenden Anwesen lagern und zerlegen zu dürfen.

Dieser Vorgang trieb die Kaulhauser Bürger, die schon seit 40 Jahren mit den Belastungen einer Hühnerfarm leben müssen, auf die Palme. Sie wollten sich keinen weiteren Problembetrieb vor die Haustüre setzen lassen, der noch dazu mit krebserzeugenden Stoffen

hantiert. Die Dorfgemeinschaft wandte sich deshalb mit einer Unterschriftenaktion an das Landratsamt, das eine strenge Prüfung der Betriebsansiedlung zusagte.

Inzwischen haben die Hoferben, beeindruckt von der heftigen Bürgerreaktion, das Anwesen an Privatleute verkauft, die es jetzt für eine Wohnnutzung liebevoll sanieren.

Für die SPD war von Anfang an klar, dass ein derart überwachungsbedürftiger Betrieb in ein reines Gewerbegebiet gehört. Der Vorgang bestätigt: Widerstand lohnt sich – wenn er sachlich fundiert ist und konsequent durchgesetzt wird.

SPD-Markträte - Ihre Ansprechpartner in Lappersdorf:

Barbara Rappl, Fraktionssprecherin, Kaulhausen, Tel. 09409/ 904

Harald Baier, Tel. 82 003

Albert Lehrer, Tel. 88 848

Stefan Königsberger, Tel. 84 764

Josef Schmidmeister, Tel. 87 384

Herausgeber: SPD-Ortsvereine Hainsacker, Kareth, Lappersdorf
Verantwortlich: Barbara Rappl, Kaulhausen 46, 93138 Lappersdorf

Lärmschutzwand für Nacht-Anlieferung!

Kareth. Im Interesse von Karether Bürgern, die Bedenken gegen einen geplanten Metzgerei- und Zerlegebetrieb haben, und im Sinne der Marktgemeinde, die künftige Konflikte zwischen Gewerbeansiedlung und Wohnbebauung ausschließen sollte, hat sich Markt- und Kreisrätin Barbara Rappl Mitte August mit einem Fragen- und Wunschkatalog an das Landratsamt gewandt.

Die Antwort liegt zwischenzeitlich vor. Das Amt weist u. a. darauf hin, dass der Metzgereibetrieb an der südlichen und östlichen Grundstücksgrenze eine Lärmschutzwand plant, um so Nachtanlieferungen zu ermöglichen. Inwieweit derartige Schutzmaßnahmen ausreichend sind, müssen die verantwortlichen Stellen entscheiden, wobei die Verantwortung für die städtebauliche Entwicklung in diesem Siedlungsbereich ausschließlich beim Markt Lappersdorf liegt.

Wer nicht wählt, darf nicht schimpfen!

Die Gruppe der Nichtwähler wird von Wahl zu Wahl größer. Auch für die bevorstehende Bundestagswahl muss man dies befürchten.

Für diese Gruppe gilt Folgendes: Wer nicht zur Wahl geht, hat in den folgenden Jahren kein Recht, auf die Regierenden zu schimpfen. Und: Jeder, der zu Hause bleibt, stärkt auch die kleinsten Parteien, die oft mit verwirrten Vorstellungen in den Bundestag wollen.

In der gegenwärtigen schwierigen Zeit braucht die Bundesrepublik eine stabile Regierungsverantwortung. Vertrauen Sie der SPD, wählen Sie SPD.

Ein Gymnasium für Lappersdorf – wann?

Lappersdorf. Der Bundestagswahlkampf 2009 ist geprägt von Wahlversprechen: Die Bundeskanzlerin legt größten Wert auf ihr Äußeres und nichtssagende Sprüche, und so klettert sie die Beliebtheitsakala nach oben. Die FDP verspricht dem kleinen Mann Steuererleichterungen, obwohl der Staat im tiefsten Sumpf der Verschuldung steckt. Die LINKE kritisiert alle sozialpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung und betätigt sich so als politischer Rattenfänger.

In den Bereich der Wahlversprechungen kann man auch die Ankündigung von CSU und Landratsamt einstufen, in Lappersdorf ein Gymnasium zu errichten. Angesichts der zurückgehenden Schülerzahlen muss man ernsthaft zweifeln, ob diese Ankündigung, wie versprochen, in die Tat umgesetzt werden wird. Die Kinder müssten wählen können!

Karl Söllner für den Bundestag

Seit Wochen grüßt von den Plakaten entlang unserer Straßen der SPD-Bundestagskandidat Karl Söllner. Als Bürgermeister (der Gemeinde Brunn/ Laaber) kennt er die Sorgen der Kommunen, als Niederlassungsleiter der Iliothec Solar GmbH weiß er, in welche Richtung die künftige Bundespolitik steuern muss. Energiepolitik und Klimaschutz müssen Schwerpunkte der künftigen Politik werden, weil nur dann unseren Kindern und Kindeskindern eine lebenswerte Zukunft gesichert wird. Eine zielstrebige Energiepolitik sichert den zahlreichen Arbeitnehmern, die in anderen Bereichen arbeitslos werden, die Arbeitsplätze.